

**KRAUS, KATRIN**

## **ERWARTUNGEN DER EUROPÄISCHEN BILDUNGSPOLITIK AN DIE ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG**

Katrin Kraus, Universität Zürich, Institut für Gymnasial- und Berufspädagogik,  
katrin.kraus@igb.uzh.ch

### **AD-HOC-GRUPPE 38: AUSBILDUNGSSYSTEME IM WANDEL: GLOBALE HERAUSFORDERUNGEN, NATIONALE REAKTIONEN UND DEREN KONSEQUENZEN FÜR DIE SOZIALE UNGLEICHHEIT IN EUROPA**

Die Europäische Union steht als supranationale Organisation vor einer dreifachen Herausforderung, auf die sie auch im Rahmen ihrer Bildungspolitik reagiert: Auf der politischen Ebene muss sich die EU ähnlich wie die Nationalstaaten im 19. Jahrhundert als legitimer und handlungsfähiger Akteur etablieren. Neben den Außenbeziehungen stellt die komplexe Beziehung zu den Mitgliedstaaten, d.h. souveränen Nationalstaaten, eine zusätzliche Herausforderung dar, der auf der organisatorischen Ebene mit spezifischen Steuerungselementen begegnet wird (Subsidiaritätsprinzip, Methode der offenen Koordinierung). Darüber hinaus geht es aber auch um die Gewinnung von Legitimität bei einer Bevölkerung, die sich in erster Linie über die Zugehörigkeit zu den jeweiligen Nationalstaaten definiert. In der Bildungspolitik wird dieser Zielsetzung vor allem im Bereich der allgemeinen Bildung über eine Identitätspolitik Rechnung getragen, die auf die Stärkung einer „europäischen Identität“ ausgerichtet ist.

In ökonomischer Hinsicht ist die europäische Politik vom Diktum der Wettbewerbsfähigkeit geprägt: Dies gilt für die EU gegenüber Japan und den USA ebenso wie für die Mitgliedsstaaten untereinander (u.a. durch Instrumente wie Benchmarking oder „Gegenseitiges Lernen“). In der Bildungspolitik spiegelt sich diese Ausrichtung inhaltlich vor allem in der beruflichen Bildung und der dort im Zentrum stehenden Förderung von „Beschäftigungsfähigkeit“, die als individuelle Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt sowie als Grundstein für die Wettbewerbsfähigkeit von Betrieben, Regionen, Staaten und nicht zuletzt auch der EU selbst verstanden wird.

Eine soziale Dimension zeigt sich schließlich im Streben nach „social cohesion“, das die Bildungspolitik insgesamt kennzeichnet. Denn sowohl über politische wie ökonomische Integration der europäischen Bevölkerung soll der soziale Zusammenhalt gefördert werden und so zur Festigung der EU beitragen.

Dieser Dreiklang an Erwartungen, der auf die spezifischen Herausforderungen der EU als politischem Akteur zurückzuführen ist, zeigt sich in der umfassenden bildungspolitischen Strategie des „Lebenslangen Lernens“, die die europäische Politik seit Mitte der 1990er Jahre prägt.